



Haushaltsrede 2010
FDP
im Rat der Stadt Duisburg

Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

formal gesehen, diskutieren wir heute über einen Haushalt, der nicht genehmigungsfähig ist, ein Sparpaket, von dem kein Mensch weiß, ob es jemals umgesetzt wird und als Höhepunkt operieren wir mit Zahlen, die man bei freundlicher Beschreibung als kreativ bezeichnen kann. Das, sehr geehrte Damen und Herren, ist medial gut vermarktbar Symbolpolitik. Heute schaffen wir – mit welcher Mehrheit auch immer – kraft unserer Durchschlagskraft, für Duisburg den Solidarbeitrag ab! Donnerwetter!

Wir gehen nach Hause mit dem Wohlgefühl, Vereine, Kultur, Sport und viele Dinge mehr gerettet zu haben. Das Leben ist schön! Sollte es im Nachhinein doch noch den einen oder anderen unklaren Punkt geben, kann man ja auf die Bezirksregierung zeigen, die dann, ab Mai, diese Briefe an den Landtagsabgeordneten Büssow weiterleiten wird... Soweit die formalen Aussichten eines beschlossenen Haushalts.

Eine einfache Wahrheit ist aber: Die Landtagswahlen stehen vor der Tür! Im Land ist Rot-Rot-Grün als das höchste Ziel ausgerufen. Als Zusatzparole gilt: „Der Zweck heiligt die Mittel“.

Folgerichtig lässt sich die SPD in Duisburg nicht lumpen und möchte sich gerne als Vorzeigeschüler hervortun. Was wir hier heute zu sehen bekommen, sehr geehrte Damen und Herren, das ist ja nicht ein Zusammenschluss derjenigen, die tatsächlich etwas an der Haushaltsmisere ändern können. Das ist klar. Der Haushalt ist nicht genehmigungsfähig. Es geht in Wirklichkeit darum, die Erben Honneckers, die SED Nachfolgepartei endgültig salonfähig zu machen.

Zitat aus dem Verfassungsschutzbericht NRW:

„In Nordrhein-Westfalen liegen weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht linksextremistischer Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NW vor. Auch die nach dem Beitritt der WASG verabschiedeten, derzeit gültigen programmatischen Grundsatzdokumente schaffen keine Klarheit hinsichtlich der Vereinbarkeit der politischen Ziele der Partei 'DIE LINKE.' mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.“

Etwas später heißt es: „... die Partei die Linke hat den demokratischen Verfassungsboden noch nicht erreicht.“

Sehr geehrte Damen und Herren, es handelt sich eben nicht um eine nett – bis naive Gruppe, die zwischendurch mal etwas skurrile Anträge im Rat stellt. Herr Mettler, Sie sind als Fraktionsvorsitzender dafür verantwortlich, dass die Büchse der Pandora geöffnet wird. Wenn Sie mir nicht glauben, dann hören Sie wenigstens auf Willy Brand, der einst ausführte: „Die Demokratie ist uns keine Frage der Zweckmäßigkeit, sondern der Sittlichkeit.“ und zudem sagte er: „Man kann heute nicht Demokrat sein, ohne Antikommunist zu sein“. (Willy Brand)

Mit Blick auf die Grünen lassen sie mich nur ein Schlaglicht aus dem „Green New Deal“ zitieren, damit jedem klar ist, wohin dort die Reise geht: Zitat: „Unser Ziel ist ein nordrhein-westfälisches Netz von Wildnisflächen.“ – Zitat Ende.

Das dieses Ziel in Duisburg erreicht wird, sehr geehrte Damen und Herren, daran wird ja heute aktiv mit den Steuererhöhungen gearbeitet und Deindustrialisierung soll das Ziel sein.

Wir freien Demokraten setzen hingegen weiterhin auf Demokratie, persönliche und wirtschaftliche Freiheit.

Unser sittlicher Kompass sagt uns klar,

- wir finanzieren keine faktisch städtischen Kneipen, keine sinnentleerten Gesellschaften auf Kosten derjenigen, die morgens zur Arbeit gehen und persönlich mit Haus und Hof haften.
- Wir werden keine Unternehmen mit Würgesteuern aus Duisburg verjagen.
- Wir werden uns nicht daran beteiligen, auch nur die kleinste Entlastung des Steuerzahlers mithilfe einer neuen kommunalen Steuer wieder wegzunehmen.

In dem gemeinsamen Antrag der SED-Nachfolgepartei, den Grünen und der SPD werden unter Punkt 1 alle Positionen abgelehnt, die im weitesten Sinne die Bürger direkt und unmittelbar betreffen. Dies klingt auf Anhieb erst einmal gut. (Nebenbei: Selbstverständlich unter Beibehaltung der Privilegien des Rates und unter strengster Ausklammerung von Verfügungsmacht privaten Kapitals.)

Das grundsätzliche Missverständnis der Antragsteller liegt darin, indem sie mit dem Antrag „Freibier und Reichtum für Alle“ rufen, und gleichzeitig meinen, sie würden eine aufbauende Wirtschaftspolitik in Duisburg betreiben. Die einfache Wahrheit ist, dass diejenigen für die Zeche aufkommen sollen, die ohnehin schon über die Maßen belastet sind.

Selbst - unterstellt – verschiedene Punkte würden auch unsere Zustimmung erhalten - , so bleibt es doch dabei, dass diese Positionen nur dadurch kompensiert werden, indem den Duisburger Bürgern auf der anderen Seite genau dieser Betrag wieder aus der Tasche gezogen wird.

Diese Deckung hätte man völlig ohne Belastung z.B. mit dem Verkauf der RWE Aktien bewerkstelligen können. Aber, wie schon erwähnt – Privilegienverzicht ist schon so eine Sache...

Und wieder halte ich Ihnen die Maßnahmen vor, die zu einer deutlichen und wirksamen Entschuldung der Stadt führen. GEBAG, Stadtwerke, Hafen, DVG, Klinikum, TAM, Frische Kontor sind nur einige Vorschläge aus der langen Liste derjenigen Unternehmen, die dringend auf den Prüfstand gehören. Aber es sei noch mal erwähnt – Privilegienverzicht ist schon so eine Sache...

Sehr geehrte Damen und Herren, diese Misere um den Haushalt ist, trotz aller berechtigten Rufe der Konnexitätsverletzung, auch in erheblichen Teilen selber gemacht. Mit dem gemeinsamen Antrag der Kommunisten, Grünen und SPD wird dieses Desaster einfach fortgeschrieben. Das ist nun gar nicht unser Weg, da er

- den Menschen nur eine Entlastung vorgaukelt, tatsächlich sie aber belastet
- weit weg von jedem Nachhaltigkeitsgedanken ist
- teilweise Interessengruppen privilegiert
- wirtschaftsfeindlich ist
- über die entscheidenden Hintergründe nur hinwegtäuschen will

Der Verwaltungsvorschlag selber umfasst zahlreiche, tief ins Mark der Stadt gehende Vorschläge. Lassen sie mich an dieser Stelle, namens der FDP, der Verwaltung für die Mühen der Erstellung des Haushaltes und des Haushaltssicherungskonzeptes danken. Wir können durchaus erahnen, dass ein dauerndes „Hin und Her“ die Dinge nicht einfacher macht. Deshalb nochmals: Herzlichen Dank und Anerkennung.

Dieser Verwaltungsvorschlag ist schon aufsehenerregend: Hat er doch annähernd jede gesellschaftliche Gruppe hervorgeholt, die am Tropf der steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt hängt. Sie haben diese Briefe auch erhalten, die fast durchgängig den Duktus hatten:

1. Wir verstehen, dass gespart werden muss. 2. Aber nicht bei uns. Wir sehen dies als absolut legitim, dass Interessengruppen ... sie wissen schon... Privilegien in Duisburg...

Gleichwohl möchte ich auf eine Art dieser Lobbyarbeit hinweisen, die ich für dermaßen verwerflich halte, dass ich dies hier erwähnen muss. Uns erreichten eine Vielzahl von Postkarten, indem offensichtlich Kinder im Grundschulalter uns darauf hingewiesen haben, dass im Zitat: „HSK Seite 168, 169 Maßnahme 060201/02“ usw.... abzulehnen sei. Aus keiner der Postkarten geht ein vernünftiger Absender hervor. Man kann also diesen Kindern persönlich NICHT vernünftig antworten. Ich frage mich, ob diese Art von Vereinen eine Unterstützung der öffentlichen Hand verdient hat. Ich bedaure, dass offensichtlich die leitenden Kräfte dieser Vereine jedes Maß verloren haben und sie kleinste Kinder in absolut rücksichtsloser Art und Weise instrumentalisieren. Aber es ist damit offensichtlich, dass junge Menschen nicht erfahren sollen, dass wir als FDP eine weitaus sozialere Politik vertreten, als dies dort offensichtlich gewünscht wird. Weitaus sozialer ist es, die Wirtschaft zu fördern statt sie mit Würgesteuern zu belasten, um Arbeitsplätze zu schaffen, damit der Stadt Duisburg entsprechende Mittel zufließen und diese den engagierten Menschen und vor allem den Kindern zugute kommen kann. Damit Menschen auch einen großen Teil der Selbstachtung durch Ihre Arbeit wiedererlangen können. Das ist soziale Politik.

Zu dem Verwaltungsvorschlag ist zu sagen, dass dies das zwingende Ergebnis einer langen Reihe von katastrophalen Fehlentscheidungen über viele, viele Jahre hinweg ist. Und ganz langsam dämmert es einigen, dass mit der Einstellung, „...es wird schon irgendwie weitergehen“, Schluss ist. Das Finanzschiff „Stadt Duisburg“ steht nicht mehr unmittelbar vor dem Eisberg, es hat ihn gerammt. Die SPD möchte in völliger Realitätsverweigerung die Musikkapellen weiter spielen lassen. Wir sagen: Ein völlig anderer Kurs hätte schon längst Rettung gebracht. Plausible Wege werden in diesem Rat nicht einmal erörtert. Solidarität ist eben keine Einbahnstraße. Wer die Solidarität der Bezirksregierung einfordert, muss zu Recht nachweisen, dass er sich wirklich bemüht hat. Dies ist offensichtlich nicht der Fall. Nur durch eine dramatische Kursänderung können wir vielleicht und mit viel Glück noch einen Hafen erreichen. Dies ist aber leider heute nicht gewollt. Was heute diskutiert wird, das ist nicht unser Kurs und unser Haushalt. Wir lehnen ab.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit